

DEUTSCHE BAUZEITUNG

58. JAHRGANG * № 3/4 * BERLIN, DEN 12. JANUAR 1924

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK, ARCH.
SCHRIFTLEITER: REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN, ING.

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Städtebauliches aus dem alten Köln.

Von Fritz Schumacher. (Fortsetzung aus No. 1/2.)

I. Die Umgestaltung der Umgebung des Domes. (Schluß)



Bei dem Vorschlag für die Umgestaltung der Südseite des Domes sind wir von einer Abbiegung der bisherigen Verkehrs-Möglichkeit ausgegangen, dagegen knüpft der Vorschlag für die Westseite an eine Begradigung des Verkehrs an. Auch wenn es sich nicht um den Dom handelte, müßte man wünschen, hier einen Eingriff vornehmen zu dürfen, und zwar an dem schmalen Block zwischen der Komödien-

straße und der Straße „An der Burgmauer“. Dieser streckt seinen Kopf in höchst störender Weise in den Verkehrszug der großen Nordsüd-Achse des Alt-Kölner Straßensystemes: Marzellen-Straße, Unter Fethenhennen, Hohe-Straße. (Abb. 1 in Nr. 1/2.) Dieses Hindernis eines glatten Überganges des Verkehrs an einer der wichtigsten Stellen der Stadt wird auf die Dauer nicht erträglich sein, man wird es durch Abschneiden des Blockes beseitigen wollen und wird nicht wissen, wie man das durchführen kann, da außerordentlich große wirtschaftliche Werte ohne irgendeinen Ausgleich dadurch vernichtet würden.



Abb. 5. Blick von Unter Taschenmacher.

Eine Lösung dieser schwierigen Lage ergibt sich erst, wenn der Städtebauer diese Verkehrssorge mit der zweiten Sorge verbindet, die ihm das Platzgebilde auf der Westseite des Domes (Abb. 7) macht. Ich sage mit Absicht „Platzgebilde“, denn die Sorge besteht eben darin, daß der Raum, der sich hier auf-tut, im architektonischen Sinn nicht als „Platz“ bezeichnet werden kann. Es ist ein in unbestimmten Er-

Glied im Organismus des Straßengefüges betrachtet, durchaus abänderbar.

Gilt das auch in seinem Verhältnis zum Dom? Entstanden ist er seinerzeit, um von ihm aus einen Blick auf die mächtige Turmfront freizulegen. Dieser Blick spielt im natürlichen Leben der Stadt keine Rolle, der Kölner wird an das Kopfende dieses Platzes nicht geführt, nur der Reisende begibt sich hierher,

wenn er die Absicht erkennt, ihm mittels dieses Platzes einen besonderen Domblick zu schaffen. Man lockt ihn aber an eine Stelle, die für den Eindruck des Bauwerkes nicht glücklich ist; jede diagonale Ansicht des Turmpaares ist günstiger als die geometrische Ansicht, in der eine gewisse Engrüstigkeit des Bauwerkes zum Vorschein kommt. Man wird dem Dom keinen Schaden zufügen, wenn dieser künstlich konstruierte Blickpunkt für Reisende verschwindet und der Dom dafür von allen Blickpunkten, die diese Seite gewährt, in einen klaren, ruhigen und harmonischen Rahmen gebracht wird. Denn nur in einem solchen wird der bewundernswerte Bau wieder seine volle Wirkung entfalten.

Den Hauptschritt dazu kann man durch eine verhältnismäßig einfache Operation erreichen; man biegt das Stück, das man zwecks gerader Weiterführung der Marzellen - Straße abschneidet, gleichsam in den leeren Raum des Margarethenkloster - Platzes hinein, das heißt, man schließt ihn mit einem niedrigeren Baustrakt gegen den Domplatz ab (Abb. 7, 8 u. 9). Man erreicht damit gleichzeitig die Lösung der ästhetischen, der verkehrstechnischen und der wirtschaftlichen Sorgen, die über diesem Platz schweben.

Es muß hervorgehoben werden, daß die ästhetische Frage dabei nicht etwa nebenbei auch eine erträgliche Wendung nimmt, nein, man könnte bei seiner Betrachtung auch von ihr, statt von den praktischen Fragen ausgehen und würde zum gleichen Ergebnis kommen. Es handelt sich in der Tat bei den Leiden des westlichen Domplatzes, die man kurieren kann, um die Notwendigkeit, die Öffnung des Margarethenkloster - Platzes durch ein ruhiges, wand-

artiges Gebilde zu schließen. Dabei braucht man sich nicht zu scheuen, den abschließenden Flügel des neuen Gebäudes etwas zurückzurücken. Die Verkehrsverhältnisse verlangen hier eine ruhige Fußgänger-Insel, die der jetzige Platz trotz seiner größeren räumlichen Weite nicht bietet. Durch das Abschneiden jener vorspringenden Nase wird ein neuer, überaus wirkungsvoller Blick auf den Dom von der Straße bei

weiterungen zerfließender Raum, in den unbestimmt gebildete Baumassen hineinragen. Manche dieser Unbestimmtheiten und Durchlöcherungen klarer Wände sind unabänderlich, da wir es hier eben mit dem Knotenpunkt zahlreicher Lebensnerven der Stadt zu tun haben. Nur eine dieser unbestimmten Erweiterungen ist im städtebaulichen Sinn ein freiwilliger Akt: der Platz am Margarethen-Kloster. Er ist, als

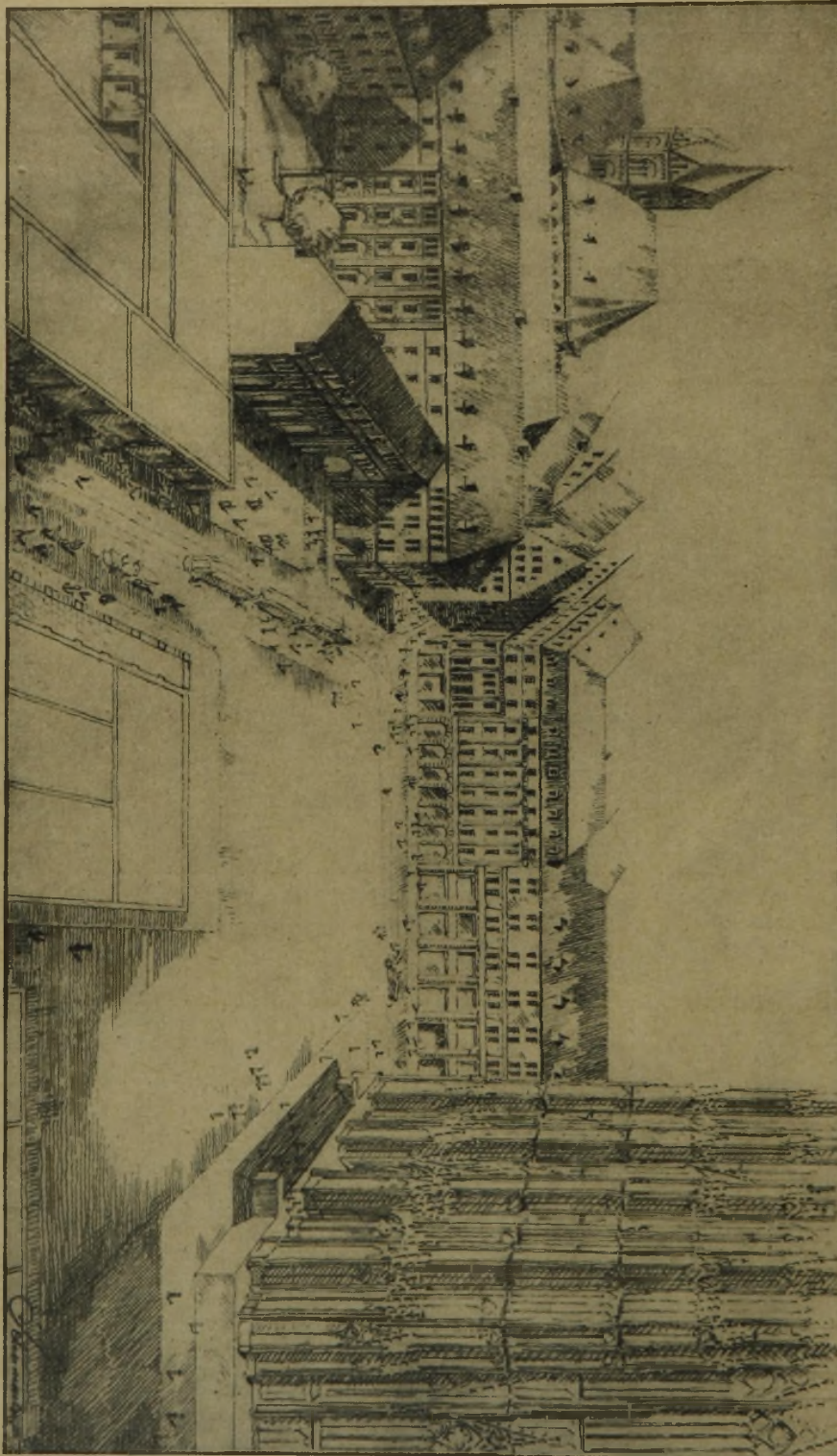


Abb. 9. Blick auf die umgestaltete Westseite der Domumgebung.

St. Andreas und der Mündung der Komödien-Straße gewonnen, wo sich das jetzt halbverdeckte Bauwerk leicht diagonal verschoben in seiner ganzen Majestät zeigen wird.

Auch für den die Straße „An der Burgmauer“ Herabkommenden wird der Eindruck des Domes nicht geschmälert. Die Art, wie er den ruhigen First des nicht übermäßig hohen Neubaus überragt, wird das Bewußtsein seiner Größe eher noch steigern. Auf der Rückseite des neuen Flügels bleibt eine geschlossene platzartige Erweiterung bestehen. Die an der Burgmauer geführte elektrische Linie geht mittels eines die Straße überspannenden Bogens durch den Neubau hindurch.

So wird der Hauptseite des Platzes sowohl für den Fußgänger- und Fuhrwerk-Verkehr, als auch für die räumliche Wirkung eine größere Ruhe gegeben, die sich auf die übrigen Bauten der Umgebung in dem Sinn fortsetzen müßte, daß alle etwa auftretenden Versuche, um den Dom herum höher zu bauen, kategorisch abgelehnt werden müssen. Eine allmähliche Fortnahme überflüssigen Zierates besonders an den oberen Geschossen der alten Bauten würde ein Übriges tun.

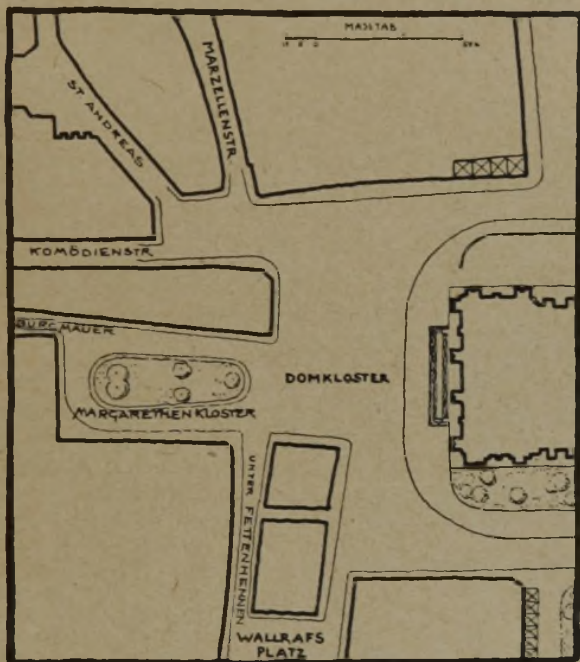


Abb. 7. Jetziger Zustand.

Alles das sind Umänderungen, die in normalen Zeitverhältnissen wirtschaftlich tragbar sind. Dem Verlust, der im teilweisen Abreißen eines stattlichen Gebäudes (Darmstädter Bank) liegt, würde ein Gewinn gegenüberstehen, der auf dem größeren Umfang des Neubaus und seinem gesteigerten Wert beruht. Es gibt kaum eine Geschäftslage der Stadt, die vergleichbar wäre mit dem Ladentrakt des geplanten Neubaus.

So sind die Vorschläge zur Umgestaltung der Dom-Umgebung alle in Grenzen gehalten, die innerhalb des praktisch Erreichbaren bleiben und haben mit Absicht der Versuchung widerstanden, frei zu phantasieren. Trotzdem ist es klar, daß, abgesehen von den finanziellen Fragen, noch zahlreiche Schwierigkeiten äußerer Art zu überwinden sind. Die jetzige Form der Freilegung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Vorgehens von Staat, Stadt und Kirche; eine Änderung daran bedarf der Zustimmung aller dieser Faktoren. Es ist nicht leicht, in Fragen dieser Art gleiche Anschauungen zu erzielen. Aber Schwierigkeiten dürfen nicht abschrecken, wenn es sich um Dinge handelt, die geeignet sind, dem wertvollsten Besitz einer Stadt zuzugute zu kommen. — (Fortsetzung folgt.)

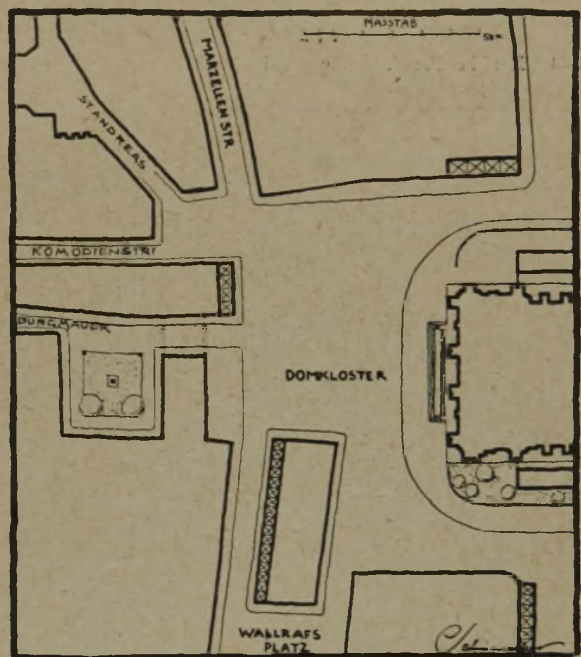


Abb. 8. Umgestalteter Zustand.

Umgestaltung der Westseite der Domumgebung.

Vom neuen Altersheim in Nürnberg.

Von Dr.-Ing. Wagner-Speyer, Vorstand des städt. Hochbauamtes.



Die Erzielung ästhetisch vollwertiger Baeindrücke wurde z. Zt. des Währungsverfalles gar oft in empfindlicher Weise erschwert. Nicht als ob die Notwendigkeit, sich zu beschränken und von jedem „Aufwand“ abzusehen, an sich schon einer Behinderung im Schaffen gleichkäme. Sie hat im Gegenteil manches Gute für sich. Drängt sie doch zu sachlicher Klarheit, zu tiefer Durcharbeitung organisch-einfacher Gebilde. Aber daß die sprunghafte Preissteigerung auch noch am schon halb fertigen Bau häufige Vereinfachungen und Abstriche erzwingt, ist mißlich. Denn wenn Baubestandteile, die in der Gesamtkomposition oder im Gliederungsrhythmus ihre Begründung finden, hinterher zum Opfer gebracht werden müssen, entsteht leicht unverwischbarer Schaden.

Auch der Bau des neuen Altersheimes in Nürnberg¹⁾, dessen Lageplan und Gesamtgrundriß Abb. 1, S. 12 wiedergibt, hatte, wiewohl es von vornherein auf größte Sparsamkeit eingestellt war, unter den Angriffen späterer Einschränkungen zu leiden. Mancher bescheidene Schmuckgedanke mußte nachträglich unterdrückt werden, die Gartenanlagen harren noch der Fertigstellung und werden

wohl stark hinter dem ursprünglich Gewollten zurückbleiben müssen, die geplante Ausgestaltung der nächsten Umwelt (Verbindungsweg mit Treppenaufgang von der Hallerwiese, bauliche Einbeziehung der Vorderhäuser an der Johannisstraße u. a.) hat mit ernstesten Schwierigkeiten zu kämpfen. So blieb manches Bruchstück, vielleicht auf lange hinaus. Dennoch ließ sich die beim Entwurf der Gesamtanlage, wie bei der Einzeldurchbildung von mir stets verfolgte, vor allem auf Wohnlichkeit und behagliche Stimmung gerichtete Absicht in der Hauptsache verwirklichen. Mit welchen Mitteln und in welchem Umfang es geschah, soll in nachstehendem kurz mitgeteilt werden. Die Abbildungen 2 und 3 von außen und 4 von innen mögen daher zur Veranschaulichung dienen.

Bei der Ausgestaltung des Neubaus ist der Farbe eine bedeutende Rolle zugefallen. Selbstverständlich verbot es der Zweck des Hauses, sich hierbei etwa auf gewagte Experimente einzulassen. (Überhaupt wurde von betont moderner Art abgesehen, um den alten Leuten lieber ein Heim zu bieten, das ihrem stillen Wesen freundlich und vertraut entgegenkommt.) Gleichwohl sind volle Töne im Innern wie am Äußern bevorzugt. In den Zimmern bilden sie, wenn auch in schmucklosem Auftrag mit glattem Abschlußstrich verwendet, den richtigen Hintergrund zum

¹⁾ Vgl. die Notiz über dieses in No. 88/89, Jahrg. 1923. —

Hausrat der Insassen. Auf den Gängen und in den Treppenhallen steht dagegen gebrochenes Weiß in lebhaftem Gegensatz zu altdunklen Möbeln und Bildern und zu leuch-

regender, erlebnisreicher gestaltet werden. Für seine Bewohner ist ja das Altersheim der fast ausschließliche Schauplatz ihres Verweilens und kleinen Erlebens. Die gleiche Überlegung hat auch die Verschiedenheit der Zimmeranstriche veranlaßt und ebenso die farbige Behandlung der Fassaden beeinflußt. Der Versuch, einzelne Trakte und Seiten des Hauses in deutlichen Farbunterschieden gegeneinander abzusetzen, konnte allerdings nur zum Teil durchgeführt werden. Die Hauptseite ist in weichem Kastanienrot gehalten mit lichtgrauen Schlagläden und weißen Fensterkreuzen, womit das Grün der Vorgartenanlage harmonisch zusammenklingen soll.

Die inneren Raumeindrücke werden durch die Art der Lichtführung unterstützt. In die gedämpfte Lichtführung der Gänge fällt in mäßigen Abständen die flutende Seitenhelle der Plauderischen usw., zugleich Cäsur und Kontrastwirkung. Blendendes Stirnlicht ist namentlich auch bei den Treppenhäusern vermieden, weil es für alte Augen gar störend ist.

Weitere Belebung bringen die Schwingung des Frauenflügels und die Verschiedenheit der Bodenhöhen in den einzelnen Trakten. Beide sind indes nicht rein auf räumliche Vorstellung, sondern auch auf sachliche Gründe zurückzuführen; denn die leichte Bogenführung im Frauenflügel bildet die Parallele zum Verlauf des vor der Westfront geplanten Verbindungswegs zwischen Johannisstraße und Hallerwiese²⁾ und die zweimalige Abtreppung der Bodengleiche in den Stockwerken um je fast 1 m ist eine natürliche Auswirkung des mäßigen Geländeabfalls bis zur 6 m hohen Stützmauer an der Südseite des Gartens, womit erreicht ist, daß jeder Flügel im Erdgeschoß mit nur ganz wenigen Stufen betreten werden kann, ohne deshalb zu tief in das Gelände eingebettet zu sein. Da die Stufen zur Ausgleichung der Höhenunterschiede unmittelbar in die Treppenläufe verlegt sind, treten nirgends verlorene Steigungen auf und die Südtreppe wie besonders die Hallentreppe haben an räumlicher Wirkung gewonnen.

Die große Halle im Angelpunkt zwischen Frauen- und Ehepaarflügel, die in dem Teilgrundriß Abb. 5 erscheint, soll zugleich einen angenehmen Aufenthaltsraum abgeben, wofür sie sich, weil gegen äußere Temperatureinflüsse fast ringsum geschützt, besonders eignet. Sie ist daher mit Sitzbänken und mit schlichten alten Möbeln, mit hübschen Bildern usw. reichlich ausgestattet. In ähnlicher Weise wurde auch für die Plauderischen, das Rauchzimmer und den Saal freundlicher alter Hausrat mit verwendet. Selbst das Schwesternzimmer, die Fremdenzimmer (zur Beherbergung vorübergehender Besuche) und die Krankenzimmer konnten größtenteils mit alten Stücken eingerichtet werden. Auch sonst hat manches schlichtschöne Vorväterwerk, das bisher auf den Böden städtischer Gebäude oder sonstwo ein vergessenes Dasein führte, lebendigen Wiedergebrauch gefunden und so zu sparsamstem Mittelverbrauch mit beigetragen. Aus alten Kacheln wurden einige hübsche Öfen zusammengestellt, alte Beschläge zieren die Eingangstüren, schöne Gipsmodelle und Zierkacheln treten an wenigen, beziehungsreichen Stellen als willkommener Schmuck auf.

²⁾ Dieser Weg, an den nicht angebaut werden soll, ersetzt einen bislang weiter westlich vorgesehenen Linienzug, für den in dieser Form kein Bedürfnis mehr besteht. Der Fußgängerverkehr auf ihm wird den Heiminsassen nicht lästig werden, er mag ihnen im Gegenteil als Unterhaltung erwünscht sein. Der Weg erklärt auch die Anordnung des Haupteinganges an der Westseite.



Abb. 4. Halle im I. Stock (links Treppe mit Eingang zum Saal).



Abb. 3. Einzelheiten der Fassade. (Alt Nürnberger Chörlein.)

tenden Türanstrichen. Die Türfarben wechseln von Stockwerk zu Stockwerk, wie auch von Flügel zu Flügel. Dadurch wollte nicht bloß die Orientierung im Haus erleichtert, sondern zugleich der Gang durch dasselbe an-



Der ausgedehnte Garten soll ebenfalls in ähnlicher Weise da und dort eine besondere Note erhalten. In der Gegend um das Altersheim breiteten sich vor Zeiten sorgfältig angelegte Gärten, in denen der Nürnberger Patrizier gerne seine sommerlichen Mußstunden verbrachte. Kunstreiche Gittertore, plätschernde Springbrunnen, allegorische Steinfiguren bildeten ihren beliebten Schmuck. Von der einstigen Pracht sind leider kaum noch Reste geblieben.³⁾ Fast die letzten Figuren standen vor nicht langer Zeit zum Verkauf. Sie wurden in der Absicht erworben, sie im Garten des Altersheims aufzustellen und in dessen Gestaltung etwas von ehemaliger Nürnberger Gartenkultur wieder aufleben zu lassen. Wieweit die Zeitverhältnisse solchem Vorhaben geneigt sein werden, steht noch dahin. Im übrigen soll die Gartenanlage im Zusammenklang mit dem wechselnden Charakter der Außenfronten und je nach dem Verwendungszweck eine gewisse Mannigfaltigkeit zeigen. Auf den repräsentativer gehaltenen Vorgarten wird südlich ein intimes Stauden-

gärtchen folgen, beim alten Gartenhaus ergibt sich ein ausnehmend schöner, geräumiger Sitzplatz mit freiem Ausblick über die Hallerwiesenanlage, der große Rasenplan hinter dem Haus soll mit Obstbäumen bestellt werden und gleicherweise der Anzucht billiger Gemüse usw. für die Heiminsassen, wie geruhsamem Verweilen in wärmendem Sonnenschein dienen können.

Über die sonstige Einteilung und Ausstattung der ganzen Bauanlage ist in Nr. 22, Jhrg. 23 der „Volkswohnung“ und in „Die Bauzeitung“ (früher Süddeutsch. Bztg.) Einiges ausgeführt, worauf hier Kürze halber verwiesen sei. Auch hierbei war das Ziel, dem Alter eine Heimstätte für seine späten Tage zu bieten, ein kleines Reich für sich, das ein stilles Zurückgezogensein von der Außenwelt nicht zur Entbehrung werden, sondern an ihm ein leichtes Genügen finden läßt. —

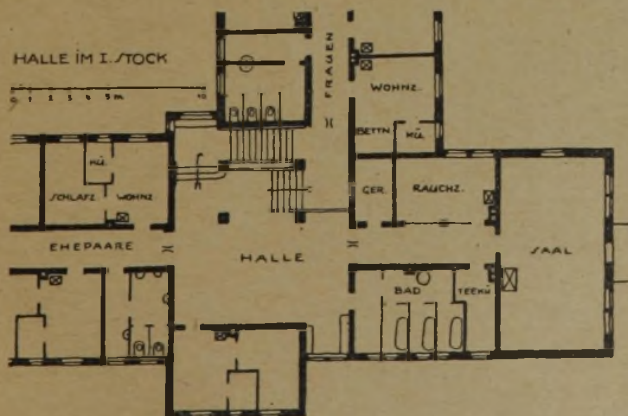
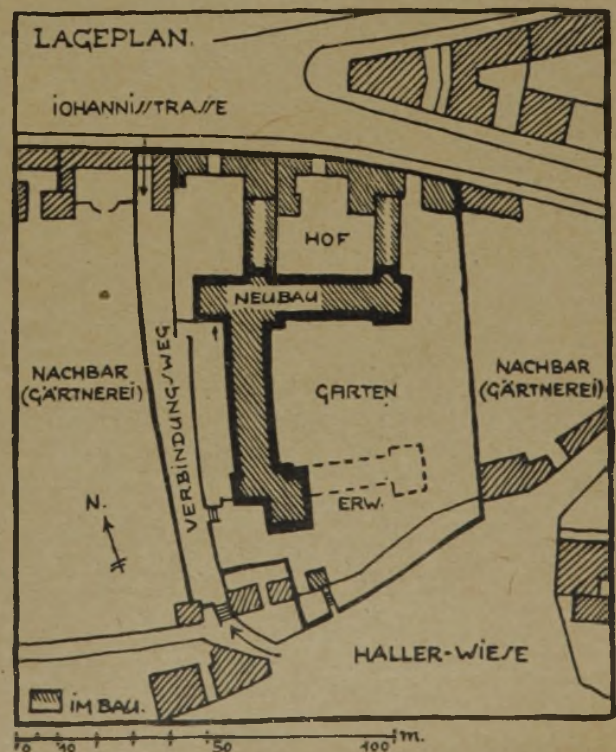
³⁾ Beiderseits des Neubaus liegen aber auch heute noch Gärtnereien, sodaß das Haus auf drei Seiten von größeren Anlagen umgeben ist.

Abb. 2 (oben). Hauptansicht, Westseite.

Abb. 1 (rechts). Lageplan mit Gesamtgrundriß des Gebäudes.

Abb. 5 (unten). Teilgrundriß der Halle im I. Stockwerk.

Neues Altersheim in Nürnberg.



Vermischtes.

Eine neue Elbbrücke Pillnitz-Zschachwitz bei Dresden wird von der Bevölkerung dieses stark mit Industrie durchsetzten Gebietes angestrebt und erscheint nach Lage der Verhältnisse wohl erwünscht, denn die beiden nächstgelegenen Elbbrücken, die von Loschwitz nach Blasewitz und die von Pirna nach Copitz, liegen etwa 14 km weit auseinander, so daß für schwere Lasten große Umwege zu machen sind, um das jenseitige Ufer zu gewinnen. Die in diesem Gebiet rechts der Elbe gelegenen Ortschaften haben eine zahlreiche Bevölkerung mit starkem Verkehrsbedürfnis, links der Elbe dagegen liegt das reiche Industriegebiet von Niedersedlitz mit zahlreichen weiteren industriellen Orten. Für beide Gebiete sind der gegenseitige Verkehr und der Gütertausch ohne Umweg eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Pillnitz-Zschachwitzer Dampffähre vermag den starken Verkehr an Menschen, Vieh, gewöhnlichen Fuhrwerken und Lastautomobilen nicht zu bewältigen; ein starker Prozentsatz muß den Umweg über eine der beiden genannten Brücken wählen. Stark belastend für den Verkehr sind auch die hohen Gebühren für die Überfahrt. Mit dem Plan der neuen Brücke wird auch die Fortführung der elektrischen Straßenbahn Niedersedlitz-Zschachwitz nach Pillnitz in Verbindung gebracht, so daß die Gemeinden rechts der Elbe eine schnelle Verbindung mit dem Bahnhof Niedersedlitz haben würden. Aus dem Umstand, daß in Pillnitz eine Anzahl Staatsbetriebe eingerichtet wurden, wie ein Staatsgut, eine staatliche Versuchs- und Beispielgärtnerei, eine höhere Staatslehranstalt für Gartenbau usw., hoffen die interessierten Kreise, daß sich auch der Staat für die neue Brücke interessieren werde, zumal als die Brücke ermögliche, das gesamte Hoch- und Hinterland von Pillnitz mit seinen hohen landschaftlichen Reizen für Siedlungszwecke, namentlich soweit Handel und Industrie daran beteiligt sind, aufzuschließen. In den Zeiten lebhafter Tätigkeit der Industrie ist der Verkehr auf der Dampffähre tags und nachts, wegen der Nachtschichten, welche die Industrie einzurichten sich gezwungen sieht, schon jetzt ein außerordentlich starker. Ihn übertrifft aber bei weitem noch der Sonntags- und Ausflugsverkehr. Die Vertreter des Brückengedankens glauben daher, daß Brücke und Straßenbahn nicht nur wirtschaftlich in sich bestehen werden sondern durch ihr Vorhandensein Industrie und Handel eine Unterstützung gewähren werden, die sich wirtschaftlich in der günstigsten Weise auswirken würde.

Die Rettung der Wartburg. Der Umsturz und die Not der wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch die Wartburg bei Eisenach in ernste Gefahr gebracht. Was diese Burg für unser Deutschland und unsere Zukunft bedeutet, braucht an dieser Stelle nicht besonders dargelegt zu werden. Bis vor kurzem konnte die Wartburg, die nunmehr aus dem Vermögen der Herzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach ausgeschieden und eine Landesstiftung geworden ist, nicht mehr die notwendigsten Mittel aufbringen, um sich vor dem Verfall zu bewahren. Die bauliche Erhaltung

und Pflege, die Wiederherstellung der Wandgemälde von Moritz v. Schwind, die Bewachung und Betreuung erfordern Mittel in einer Höhe, wie sie die Wartburg selbst nicht aufzubringen vermag. Daher hat sich am 17. Dezember 1922 in Eisenach ein Verein „Freunde der Wartburg, E. V.“ gebildet, der Erhalter der Burg sein und die zur Erhaltung nötigen Mittel zusammenbringen will. Neben den Stätten Goethes und Schillers in Weimar ist die Wartburg jedem deutschen Herzen teuer; sie ist kostbarstes Kulturgut, aber auch das Heiligtum einer verarmten Nation. Wolfram von Eschenbach, Walter von der Vogelweide, die heilige Elisabeth und Martin Luther sind die Namen, die ewig mit ihr verbunden sind. Sie haben in deutschen Herzen einen solchen Widerhall geweckt, daß dem Verein Mittel zugeflossen sind, die ihn in den Stand gesetzt haben, der Not zu steuern und mit der Wiederherstellung zu beginnen. Zunächst ist der Anfang mit der Wiederherstellung der Schwindschen Gemälde im Sängersaal gemacht worden. Der Bilderrestaurator Paul Gerhardt in Düsseldorf war damit betraut, und es scheint ihm gelungen zu sein, einen verheißungsvollen Anfang zu machen. Denn der „Sängerkrieg“ soll wieder so hergestellt sein, daß er in seiner alten Farbenpracht erstrahlt. Es war höchste Zeit, denn die Besucher des Denkmalpflegetages in Eisenach mußten bei den täglichen Versammlungen auf der Wartburg wahrnehmen, daß der Verfall der Gemälde der Elisabethgalerie und des Sängersaales schnell zunahm, so daß ihr gänzlicher Untergang nicht mehr in Frage stand, wenn nicht schleunigst eingegriffen wurde. Die Elisabethgalerie war eine Zeitlang offen und der Witterung ausgesetzt, so daß Schnee und Regen, die hereintrieben, Zerstörungen verursachen konnten. Auch rohe mechanische Verletzungen sind nicht ausgeblieben. Im Sängersaal waren die Lüftungseinrichtungen mangelhaft; der Fußboden bestand nur aus Kalkestrich, so daß Kalkstaub aufwirbeln und sich in die Poren der Gemälde setzen konnte. Dadurch erhielten diese einen Pilzüberzug und einen grauen Schleier, abgesehen von auch hier vorgekommenen mechanischen Verletzungen. Gerhardt hat nun zunächst für eine genügende Lüftung der Räume gesorgt und den Fußboden mit Solhofer Platten belegen lassen. Darauf sind die Pilzbildungen und mit ihnen der graue Schleier auf den Gemälden verschwunden, so daß Hoffnung auf Rettung des ganzen Zyklus besteht.

Zur öffentlichen Kunstpflege in Ulm. Das alte, ehrwürdige Ulm an der Donau steht hinsichtlich der Verwaltung seiner Kunstschätze und der öffentlichen Kunstpflege an einem Wendepunkt seiner Entwicklung. Am 1. Oktober des vergangenen Jahres war der Leiter des städtischen Kunst- und Altertümermuseums, des eigentlichen Gewerbemuseums der Stadt Ulm, Herrenberger, nach langjähriger, verdienstvoller Führung der Geschäfte aus Altersgründen von seiner Tätigkeit zurückgetreten. Die Stelle wurde öffentlich ausgeschrieben; es wurde ein „wissenschaftlich vorgebildeter, erfahrener Leiter“ gesucht. Bei den näheren Erwägungen jedoch

Oskar Jürgens †.

Wir haben auf Seite 494 des vorigen Jahrganges der „Deutschen Bauzeitung“ kurz den unerwarteten Tod des Regierungs- und Baurates Oskar Jürgens angezeigt, der dienstlich der Regierung in Potsdam für das Hochbauamt zugeteilt war, der aber einen Urlaub von 1½ Jahren genommen hatte, um für eine spanische Gesellschaft zwischen Madrid und dem Escorial eine Siedlung zu planen und ihre Ausführung vorzubereiten. Jürgens starb am 15. Oktober 1923, wie aus Spanien berichtet wurde, bereits nach wenigen Tagen der Erkrankung am Typhus. Für die deutsch-spanischen Beziehungen, die der Verstorbene eifrigst pflegte, ist sein Hinscheiden ein großer Verlust; er war einer der Pioniere deutscher Kultur in Spanien und hatte sich dort einen Freundeskreis erworben, aus dem ihn Mitglieder gelegentlich in Deutschland besuchten, um heimische Fragen mit ihm zu besprechen. Seine Bedeutung ragt über die Bedeutung des Tages hinaus und rechtfertigt es, sich mit seinem Lebensgang, dem bisher Erreichten und seinen ferneren Zielen etwas eingehender zu beschäftigen.

Dr.-Ing. Oskar Jürgens wurde am 30. Juni 1875 in Haberstadt geboren, verlebte in Hamburg seine Jugend und genoß dort die allgemeine Schulbildung. Zu seinem Fach wählte er die Architektur und studierte diese an den Technischen Hochschulen zu Berlin und Karlsruhe. Nach Abschluß der Studien arbeitete er zunächst unter Ludwig Hoffmann und wurde darauf dem staatlichen Hochbauamt I in Berlin zugeteilt. Nach Ablegung der zweiten Staatsprüfung i. J. 1904 fand er Gelegenheit, sich beim Umbau des Schinkelschen Schauspielhauses in Berlin praktisch zu

betätigen. In der weiteren Folge arbeitete er in den preuß. Ministerien der öffentl. Arbeiten und des Kultus. Nebenher ging eine künstlerische Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Berlin unter Laske im Ornamentzeichnen und unter Felix Genzmer im Gebiet der farbigen Dekoration und des künstlerischen Städtebaues. Aufgaben des letzteren bearbeitete er auch für Jos. Stübben. Seine Tätigkeit im preuß. Kultus-Ministerium brachte ihn in Verbindung mit Richard Schultze, der den Neubau einer ev. Kirche mit Pfarrhaus für Madrid entworfen hatte. Dieses Bauwerk in seinen Einzelheiten zu bearbeiten und seine Ausführung zu leiten, ging Jürgens für nahezu drei Jahre, vom Juli 1907 bis Ende 1909 nach Madrid, wo er sich bald die Sprache aneignete und enge Fühlung mit den dortigen intellektuellen Kreisen gewann. Hier legte er die Grundlage für seine Liebe zu Spanien und dessen Kunst und Kultur, die er nun auch vorwiegend zum Gegenstand seiner literarischen Betätigung machte. Lange hielt es ihn nicht in Deutschland; bereits im Februar 1910 ließ er sich wieder für ein Jahr nach Spanien beurlauben, um die Studien über den spanischen Städtebau fortzusetzen, die schließlich zur Abfassung eines Werkes führten, das kurz vor seinem Tod im Manuskript abgeschlossen war, zu dessen Bearbeitung ihm die preuß. Akademie des Bauwesens einen Beitrag in Aussicht gestellt hatte und für dessen Drucklegung er in Spanien die noch fehlenden Mittel aufzubringen hoffte. Es handelt sich um ein groß angelegtes, reich illustriertes Werk, dessen wissenschaftliche und künstlerische Ergebnisse mit dem Tod seines Verfassers nicht der Vergessenheit anheim fallen sollten. Zwischen seinen zweiten und

erwies sich diese enge Begrenzung der Tätigkeit als nicht den Kunstverhältnissen Ulms angemessen. Man darf annehmen, daß Anregungen, die von außen kamen, die Stadtverwaltung, der das Gewerbemuseum untersteht, veranlaßt haben, den Kreis der Pflichten weiter, als ursprünglich gedacht, zu ziehen. So hat denn der Gemeinderat von Ulm am 17. Dezember 1923 einen städtischen Kunstwart und zugleich Leiter des städtischen Gewerbemuseums in der Person des Kunsthistorikers Prof. Dr. Julius Baum, Mitglied des Landesamtes für Denkmalpflege und Dozent an der Technischen Hochschule in Stuttgart, gewählt. Man darf annehmen, daß diesem, wenn auch vielleicht nicht sofort, so doch sicher im Lauf der Zeit, wenn andere Personalfragen ihre Lösung gefunden haben werden, der gesamte bedeutende städtische Kunstbesitz der Stadt Ulm unterstellt wird. Es darf hier nur an die Gemäldesammlung im Schwörhaus erinnert werden. Vielleicht gelingt es, auch andere Teile des in Ulm vereinigten Kunstbesitzes, wenn auch nicht in den Besitz der Stadt Ulm zu überführen, so doch aber mit der Verwaltung des städtischen Kunstbesitzes zu vereinigen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dem neuen Kunstwart steht demnach eine umfangreiche Tätigkeit bevor, namentlich wenn er die Mittel erhalten kann, eine sachliche und räumliche Neuordnung des Gewerbemuseums und der anderen Kunstsammlungen vorzunehmen und eine den verfeinerten Anforderungen der Gegenwart entsprechende Aufstellung und Darbietung der Kunstschatze vorzunehmen.

Das ist ein Teil der künftigen Tätigkeit des neu geschaffenen Kunstwartes. Der andere, vielleicht wichtigere Teil scheint uns, dem Namen dieser amtlichen Funktion entsprechend, darin zu liegen, daß der Kunstwart in der Lage ist und in die Lage versetzt wird, an den nicht seinem engeren Arbeitsgebiet angehörenden allgemeinen Kunst- und Baufragen der Stadt beratend teilzunehmen, als deren wichtigste die Wiederbebauung des Münsterplatzes im Vordergrund des Interesses steht. Auch kann die Frage entstehen, ob nicht der Kunstwart Ausgangspunkt einer planmäßigen Tätigkeit für die Förderung der künstlerischen Kultur in Ulm und dem von ihm abhängigen Kulturgebiet werden sollte, ob nicht, mit anderen Worten, die öffentliche Kunstpflege im weitesten Maße in die Bevölkerung zu tragen versucht werden sollte durch Schrift und Wort, durch literarische Veröffentlichungen und öffentliche Vortragstätigkeit, durch Begründung neuer Einrichtungen, sobald die Not der Zeit das zuläßt. Daraus geht hervor, daß die Erwartungen, mit denen der Tätigkeit des neuen Kunstwartes entgegengesehen wird, keine geringen sind.

Zum Wiederaufbau in Oppau bei Ludwigshafen, das bekanntlich bei der großen Explosionskatastrophe im Juni 1921 stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, erhalten wir folgende Mitteilung:

Nachdem in Oppau die Wohnhäuser zum großen Teil bezogen waren, wurde auch zum Neuaufbau der Kultusgebäude geschritten. Am 23. Dezember 1923 konnte die

den letzten Aufenthalt in Spanien fällt eine Tätigkeit in Allenstein, darauf in Altona, dann seine Teilnahme am Krieg, schließlich seine Amtstätigkeit in Potsdam, wohin er Oktober 1922 als Regierungs- und Baurat versetzt wurde.

Die Ergebnisse seiner spanischen Studien hat Jürgens teils in Form von Aufsätzen in verschiedenen Zeitschriften, teils in Form von selbständigen kleinen Schriften niedergelegt. „Umgestaltungspläne für die Altstadt von Madrid“ nach dem Entwurf des Architekten José Lais de Oriol behandelte er im „Städtebau“ 1921; „G. B. Sacchettis Umgestaltungspläne für die Umgebung des königl. Schlosses in Madrid“ erschienen, von ihm besprochen, zuerst 1918 in „Mitteilungen aus Spanien“. Schon Carl Justi hatte sich lebhaft für das Residenzschloß in Madrid interessiert; in den „Miscellaneen aus drei Jahrhunderten spanischen Kunstlebens“ veröffentlichte er 1908 den mit der Justi eigenen Gründlichkeit durchgearbeiteten Aufsatz: „Der königliche Palast zu Madrid“. Auf diese Arbeit stützt sich Jürgens in der 1922 in Berlin erschienenen Schrift: „Das königliche Schloß in Madrid und die Ausbildung seiner Umgebung“. Ein Beitrag zur Geschichte der Städtebaukunst. Auf Grund dieser Arbeit wurde er von der Technischen Hochschule Berlin zum Doktor-Ingenieur mit Auszeichnung ernannt. Auch die „Deutsche Bauzeitung“ hat im Jahrg. 1919 S. 177 Mitteilungen über das königl. Schloß in Madrid gebracht; hier erschien auch der Aufsatz über das „Granadisch-arabische Wohnhaus“ in erweiterter und veränderter Form, der erstmals in den Mitteilungen des ibero-amerikanischen Institutes in Hamburg erschienen war. In Vorbereitung hatte Jürgens Arbeiten über Platzanlagen in Spanien, über

neue protestantische Kirche eingeweiht werden. In einem Wettbewerb erhielt der Entwurf „Predigtkirche“ des Reg.-Baumstrs. Schrade in Mannheim seinerzeit den 1. Preis. Das Programm sah eine Kirche von 900 Sitzplätzen, 2 Pfarrhäusern, 1 Konfirmanden- und 1 Gemeindesaal vor, die mit der Kirche verbunden werden konnten.

Kurz vor Baubeginn traten aber Bedenken finanzieller Art auf. Da der Plan städtebaulich mit den Pfarrhäusern stand und fiel, wurde von Arch. Schrade ein ganz neuer Ausführungsentwurf ausgearbeitet, bei dem das alte Pfarrhaus im Innern umgebaut, die Kirche auf 750 Sitzplätze verkleinert wurde und die Säle ganz wegfielen.

Im Januar 1923 wurde mit dem Bau begonnen. Die örtliche Bauleitung hatte Hr. Bezirksarch. Kuhlmann vom Hilfswerk Oppau. Das Äußere ist schlicht. Der Kirchenraum hat gute Raumverhältnisse mit guter Akustik und zeigt, daß das Wiesbadener Programm sich auch für solch kleine Anlagen noch sehr gut verwenden läßt. —

Personal-Nachrichten.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die technische Hochschule zu Danzig hat dem Dekan der deutschen-chinesischen Technischen Hochschule in Wusung bei Shanghai, Prof. Dipl.-Ing. B. Berrens, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen für seine Verdienste um die Ausgestaltung des deutschen technisch-wirtschaftlichen Unterrichtes im fernen Osten. —

Ein neuer Lehrstuhl an der Technischen Hochschule zu Berlin. In der Fakultät für Bauwesen wird ein neues Lehrfach „Handwerkskunde unter Einschluß der Baustoffkunde“ eingerichtet. Den Lehrauftrag dafür erhielt der Reg.-Bmstr. Prof. Franz Seeck. Zu seiner Unterstützung erhielt der Dipl.-Ing. Prof. Büning gleichfalls einen Lehrauftrag.

Es ist besonders zu begrüßen, daß diese beiden Fachmännern, die sich im kunstgewerblichen Unterricht bereits bewährt haben, nunmehr auch für den Architekten-Unterricht gewonnen sind, denn es ist die Anschauung weiterer Kreise geworden, daß der Architekt mit dem handwerklichen Können und den handwerklichen Bedürfnissen wieder engere Fühlung gewinnen müsse. —

Der langjährige Oberbibliothekar der Techn. Hochschule Berlin, Prof. Dr. Heinrich Simon ist infolge Erreichung der Altersgrenze aus seinem Amte ausgeschieden. Er wurde in Anerkennung seiner Verdienste zum Ehrenbürger der Techn. Hochschule ernannt. —

Zum Ehrenmitglied des Österreich. Werkbundes ist der Reichskunstwart Dr. Erwin Redslob als Dank für seine Unterstützung der Werkbund-Bestrebungen in seiner Amtsführung ernannt worden. Es ist das die erste Auszeichnung dieser Art, die die genannte Körperschaft verleiht. —

Die Wilhelm Exner-Medaille des Niederöstr. Gewerbevereins für Verdienste um Technik und Industrie ist dem deutschen Ingenieur Alfred Collmann und dem Geh. Hofrat Prof. Dr.-Ing. e. h. H. Engels von der Techn. Hochschule Dresden verliehen worden. —

spanische Friedhöfe und spanische Gärten. Einzelne dieser Arbeiten dürften druckreif sein. Alles aber sollte das schon erwähnte Buch über den spanischen Städtebau krönen.

Ein Pionier deutscher Kultur auf der Iberischen Halbinsel ist mit Oskar Jürgens vorzeitig ins Grab gesunken. Er hätte das für den spanischen Städtebau werden können, was Carl Justi für die übrigen Gebiete der spanischen Kunst war. Als die spanische Baugesellschaft „Abantos“ ihn zur Ausführung ihrer Pläne nach San Lorenzo del Escorial berief, wußte sie, daß sie nicht lediglich einen deutschen Techniker, sondern einen deutschen Künstler mit hoher Kultur berief und als sie ihm in dem Nadelholz am Abhang des Monte Abantos die letzte Stätte bereitete, war sie sich bewußt, mit ihm eine große Hoffnung begraben zu haben.

Denn Spanien und die Länder spanischer Sprache sind für Deutschland Länder der Zukunft, da Spanien seine weltgeschichtliche Mission nach dem Weltkrieg entdeckt hat. Bei dem spanischen Besuch in Rom im November des vergangenen Jahres bezeichnete der König von Spanien vor dem Papst das spanische Volk als eine Nation, die von keiner andern an Größe in den Annalen der Menschheit übertroffen worden sei. Er erinnerte an den 700jährigen Heldenkampf gegen die Araber, an den Sieg von Lepanto. „Auf Schiffen, die die spanische Flagge trugen, entdeckte Kolumbus die Neue Welt. Für den Ruhm der Religion und die Größe des Vaterlandes rufen unsere Universitäten mit ihrer Wissenschaft, unsere Künstler mit ihrem Genie, unsere Gesetzbücher mit ihrer christlichen Gesetzgebung, unsere Märtyrer mit ihrem Blute, unsere Missionare mit

Tote.

Oberbaurat a. D. Friedrich Schimpf †. Am 20. Dezember ist in Ulm der um die Entwicklung der Stadt in langjähriger Tätigkeit hochverdiente Gemeinderat Oberbaurat Friedrich Schimpf verstorben, nachdem er nach 44-jähriger Tätigkeit im Dienste der Stadt 1920 in den wohlverdienten Ruhestand getreten war. Schimpf wurde als 25-jähriger Reg.-Baumeister zunächst die Stelle des Straßenbauinspektors in Ulm übertragen, die er 12 Jahre lang erfolgreich verwaltet hat. Dann wurde er zum Direktor des städtischen Gas- und Wasseramtes berufen. Die Ausgestaltung der neuen Grundwasserversorgung der Stadt ist sein Werk. Im Jahre 1908 wurde er als erster Techniker in Württemberg in den Gemeinderat berufen und nach Ablauf der ersten sechsjährigen Wahlperiode wiedergewählt. Er hat dann auch zeitweilig die Stellvertretung des Stadtvorstandes ausgeübt und sich in allen diesen Ämtern als ein tüchtiger Techniker und Verwaltungsbeamter bewährt. —

Wettbewerbe.

Zum Ideenwettbewerb für eine Verkehrsanlage in Woltmershausen bei Bremen (vgl. Nr. 102/3 1923) erhalten wir die ergänzende Mitteilung, daß zu den Verfassern des angekauften Entwurfes „Glatte Fahrt“ nach der Firma Hein, Lehmann & Co., A.-G. in Düsseldorf, auch die „Rheinisch-Westfäl. Bauindustrie A.-G., Düsseldorf, zu nennen ist. —

Chronik.

Das hundertjährige Bestehen des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg in Hamburg konnte am 30. Oktober 1923 gefeiert werden. Nachdem der in der Vorstadt St. Pauli gelegene „Kranken Hof“ 1814 auf Veranlassung der französischen Besatzung niedergebrannt worden war, war Hamburg ohne Krankenhaus. Als dann die Stadtbefestigungen niedergelegt worden waren, bot sich in der Vorstadt St. Georg in unmittelbarer Nähe der Alster ein geeignetes Gelände für einen Neubau, der auf dem Gelände des ehemaligen „Neuen Werks“ nach den Entwürfen von Wimmel errichtet und am 11. November 1823 bezogen werden konnte, nachdem er am 30. Oktober 1823 feierlich eingeweiht worden war. Das „Allgemeine Krankenhaus in der Vorstadt St. Georg“, die beste und größte Krankenanstalt der damaligen Zeit, bildete die Anfänge der heutigen großen Anlage, die eine Belegungsfähigkeit von 1600—1800 Kranken besitzt. —

Das Asiatische Museum in Berlin-Dahlem, das an der Arnim-Allee nahe dem Untergrund-Bahnhof Dahlem-Dorf errichtet worden ist, ist soweit fertiggestellt, daß es zur magazinmäßigen Aufnahme von Sammlungsgegenständen und zu wissenschaftlichen Studienzwecken nuncmehr in Benutzung genommen werden konnte. Der Gedanke, hier ein umfassendes Museum des fernen Ostens zu schaffen, wie es bisher noch nirgends besteht, mußte der Not der Zeit gehorchend, aufgegeben werden. Der nach den Plänen von Prof. Bruno Paul errichtete Bau stellt sich als einfacher Putzbau dar, der nur teilweise unterkellert und nur in den beiden Dienstwohnungen in den Flügeln und einigen Arbeitszimmern vollkommen ausgebaut ist. —

Ein Kanal vom Lago Maggiore zum Adriatischen Meer. Die

italienische Regierung hat einen Plan zum Bau eines Kanals vom Lago Maggiore über Mailand zum Adriatischen Meer ausgearbeitet. Der neue Verkehrsweg wird den Mincio benutzen. Der Kanal soll nicht nur der Schifffahrt dienen, sondern auch der Fruchtbarmachung von 250 000 Hektar Grund zwischen Cremona und dem Meer. Der Hauptgrund zur Aufstellung und Ausführung des Planes dürfte darin liegen, daß die Schweiz mehr durch die Häfen der Nordsee als durch jene des Adriatischen Meeres bedient wird wegen der billigeren Schiffsverbindung. —

Umbau des Alten Stadttheaters in Nürnberg. Der Stadtrat zu Nürnberg hat beschlossen, das alte Stadttheater, einen hübschen Empirebau, der seit der Eröffnung des neuen großen Hauses unbenutzt daliegt, nach den Vorschlägen des Intendanten Dr. Maurach auszubauen und als städtisches Schauspielhaus in Betrieb zu nehmen. Es ist geplant, im Frühjahr mit den Vorstellungen zu beginnen und es sollen Oper und Schauspiel in getrennten Häusern gepflegt werden. —

Eine Sperrmauer im Passertal bei Meran, die in 60 m Höhe die Talenge unter der Zenoburg absperrt, soll, auf früheren Plänen fußend, mit Kapitalien der italienischen Elektrizitätsindustrie zur Ausführung kommen. Sie dient in erster Linie der Gewinnung elektrischer Kraft für den Kurort Meran, der jetzt mit einigen Nachbarkurorten zusammengeschlossen worden ist, gleichzeitig soll aber der entstehende Stausee zu Kurzwecken ausgenutzt werden. Es sind hier Badeanlagen verschiedener Art, Gärten und Spielplätze mit Restaurants geplant, die durch den großen, längs der Passer geführten Promenadenstraßenzug erreicht werden. Die schöne Gilschlucht bleibt von dem Plane unberührt, sie soll sogar eine Bereicherung durch einen Wasserfall erhalten, der von dem überfließenden Stauwasser gespeist wird, soweit dieses nicht zum Betrieb des Elektrizitätswerkes benötigt wird. Die Vorarbeiten für den Bau der Staumauer sind im Gange. —

Das umgebaute ehem. Kroll'sche Etablissement am Königsplatz zu Berlin, auf dessen Gelände unter Zuziehung einiger Nachbargrundstücke vor dem Kriege der Neubau der Staatsoper aufgeführt werden sollte, hat am 1. Januar d. J. seine Pforten wieder geöffnet. Der Umbau ist nach den Plänen des Arch. Oskar Kaufmann, des Erbauers der Volksbühne am Bülowplatz im Osten und des Theaters am Kurfürstendamm im Westen Berlins, erfolgt und zwar für die Volksbühne, zuletzt mit Unterstützung des preuß. Staates, der die neue Krolloper als zweites Haus für seinen Betrieb benutzt. Im Äußeren ist der alte Charakter trotz Verschiebung der Front Erhöhung des Bühnenhauses einigermaßen erhalten geblieben, das Innere ist dagegen vollständig umgestaltet. Die mit allen erforderlichen modernen Einrichtungen ausgestattete Bühne hat 25 m Tiefe bei 30 m Breite einschl. der beiden seitlichen Bühnen. Sie ist dreiteilig, versenkbar und auch zu überhöhen und ausgestattet mit großem Horizont. Das Zuschauerhaus ist mit 2410 Plätzen das größte, bisher in Deutschland ausgeführte, das aber durch die eigenartige Anordnung des zweiten Ranges viel kleiner wirkt, als es wirklich ist, und dadurch einen intimeren Charakter erhält. —

Vom Schloßgarten in Schwetzingen. Zum 1. Dezember ist allen Arbeitern des berühmten Schloßgartens gekündigt worden infolge der vom badischen Staat geplanten Sparmaßnahmen. Damit ist der Zerfall des einzigartigen Barockwerkes Deutschlands aus der Zeit der pfälzischen Kurfürsten nahegerückt. Die Erhaltung ist nunmehr Sache der Vereine für Heimatschutz und Heimatpflege. —

ihren Missionen in den entferntesten Gegenden der Erde, unsere Theologen, die das Tridentinische Konzil mit ihrer Weisheit staunen machten, unsere Mystiker, die unserer Sprache die Sprache der Engel gaben, und unser Volk mit seinen Jahrhunderte alten Gebräuchen und Überlieferungen, rufen alle diese gemeinsam durch die Jahrhunderte, daß alle Ideale, alle Ruhmestaten und alle großen Dinge Spaniens erwachsen sind auf dem Boden der Vaterlandstreue und der Religion“. Ein König, der von seinem Volk so stolze Worte gebraucht, kann das nur, wenn dieses Volk in dem Gefühl lebt, nach dem Weltkrieg eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen zu haben. Und das erweckt die größte Aufmerksamkeit der deutschen Forscher, zu deren Zahl auch Jürgens zu zählen gewesen wäre.

Es geht von Neuem ein merkwürdiger forschender Zug durch die Welt. Der Materialismus der Jahrzehnte vor dem Krieg, in denen die Naturwissenschaften herrschten, beginnt dem Idealismus zu weichen, mit dem die Verarmung der Nation wieder in die tieferen Schichten des wissenschaftlichen und des Gefühlslebens zu dringen sucht, um hier zu finden, was ihr an äußeren Gütern abhanden gekommen ist. Deutsche Gelehrte, wie Alois Schulden, dringen nach dem äußersten Spanien vor, um an der Mündung des Guadalquivir das biblische Tarschisch oder das griechische Tartessos zu suchen, in dem das Atlantis des Plato erblickt wird. Englische Gelehrte und Forscher suchen die römischen, karthagischen und byzantinischen Ruinenstädte des nordafrikanischen Atlasgebirges auf, dringen bis zum Rand der Wüste Sahara und in den äußersten Osten von Tunis vor, um hier die griechischen Reste von Gigithi und die römischen und byzantinischen von Tebessa zu untersuchen. Es handelt sich darum, die Kulturen des Altertums um das westliche Mittelmeer zu erforschen. Hält man damit zusammen, daß der Präsident

der Vereinigten Staaten von Nordamerika sich zum Vorkämpfer für humanistische Ideale gemacht hat, so darf man wohl sagen, daß durch die Welt in zunehmendem Maß ein Zug nach seelischer und geistiger Verinnerlichung als Rückschlag gegen die Grausamkeit des Krieges geht. „Wir wollen“, sagte der Präsident, „unser Einverständnis mit jenen Idealen erklären, die die höchste Zivilisation auf der Erde bedingt haben. Wer sind unsere Klassiker? Durch viele Jahrhunderte waren die klassischen Literaturen die griechische und die römische. Es bedarf keiner Beweise, um zu zeigen, daß es in der abendländischen Gesellschaft keine höhere Kultur gibt, die nicht auf ihnen beruht. . . . Die Aufgabe unserer Erziehung ist die, in uns die großen Kräfte zu erhalten. Diese Kräfte hängen von unseren Idealen ab. Die höchste und reinste Quelle dieser Kräfte und Ideale ist der Einfluß der griechischen und römischen Klassiker gewesen.“ Es ist also eine ausgesprochene Bewegung nach den Idealen hin, die sich seit einem Lustrum etwa kund gibt, unter ähnlichen politischen und geschichtlichen Voraussetzungen, wie zu den Zeiten Schillers und Wilhelm v. Humboldts.

Und in diese neue Zeit wäre Oskar Jürgens, hätte er das Leben behalten, hinein gewachsen. Auch er wäre zu einem überzeugten Vertreter jener Ideale geworden, an denen die erschöpfte Menschheit sich wieder aufgerichtet hätte. Auch er wäre, das beweisen seine Schriften und Ziele, ein Träger jener Kräfte geworden, die den Wiederaufbau des inneren Menschen gewährleisteten. Deshalb beklagen wir in seinem Tod nicht den Verlust eines Fachgenossen schlechthin, wenn auch eines hervorragenden, sondern wir beklagen, daß mit ihm eine Hoffnung vorzeitig ins Grab gesunken ist, die am Baum der idealistischen Kultur Deutschlands sich hätte zu einer leuchtenden Blüte entfalten können. —

Dr.-Ing. Albert Hofmann.

* BAUWIRTSCHAFTS- UND * * BAURECHTSFRAGEN *

Vergütung und Wirtschaftlichkeit der Akkordarbeiten bei Bauverträgen mit Lohnklausel.

Von Dipl.-Ing. H. Zuck der Firma Wayss & Freitag A.-G. in Hannover.



u dem Aufsatz über obiges Thema von Bau-
rat A. Littmann, Hamburg, in Nr. 88/89,
S. 373, Jg. 1923 (Technik und Wirtschaft),
möchte ich mir in Anbetracht der Wichtig-
keit dieser Frage noch einige Bemerkungen
erlauben:

Der Vertrag mit Lohnklausel, d. h. der Vertrag, bei dem die Lohnsteigerungen mit einem bestimmten Zuschlag für Unkosten und Gewinn zurückerstattet werden, hat auch heute noch die größte Bedeutung; denn die Löhne schwanken noch immer ziemlich stark und werden auch in den nächsten Monaten noch nicht so stabil werden, daß ein Unternehmer langfristige Bauverträge zu festen Preisen abschließen könnte. Von allen Verträgen mit gleitenden Preisen hat diese Vertragsform aber den größten Anklang gefunden.

Akkordarbeiten sind in den letzten Jahren schon an vielen Stellen eingeführt, und zwar mit gutem Erfolg für die Bauherrschaft, die ja bei den damals allgemein üblichen Papiermarkbilanzen ein erhöhtes Interesse daran hatte, den Bau so schnell als irgend möglich, wenn auch mit etwas erhöhten Akkordstundensätzen, auszuführen. Über die wirtschaftliche Lage des Unternehmers bei diesen Akkordarbeiten ist man sich jedoch vielfach bei den etwas verwickelten Verhältnissen nicht ganz im Klaren gewesen.

Das von Hrn. Brt. Littmann empfohlene Verfahren ist zweifellos gerecht und auch einfach zu handhaben, wenn alle Arbeiten in Akkord ausgeführt werden. Daß bei dem Verfahren die Bauherrschaft zu ihrem Recht kommt, hat der Verfasser bereits nachgewiesen. Daß aber auch der Unternehmer keinen Schaden erleidet, geht aus einer einfachen Überlegung hervor, die man mit Hilfe von einigen mathematischen Bezeichnungen anstellen kann: Bezeichnen: l den tariflichen Stundenlohn, Δl die Lohnsteigerung, k die kalkulierte Stundenzahl für irgendeine Arbeit, c die bei gewöhnlicher Arbeitsweise gebrauchte Stundenzahl für dieselbe Arbeit, c' die bei Akkordarbeit gebrauchte Stundenzahl für dieselbe Arbeit, a die bei Akkordarbeit den Arbeitern bezahlte Stundenzahl, ξ den Zuschlagskoeffizienten, der bei der Kalkulation angenommen wurde, β den Zuschlagskoeffizienten, mit dem die Lohnsteigerung erstattet wird, so wird der Akkordpreis für die Einheit der Arbeit: $a(l + \Delta l)$ und der Unternehmer erhält für diese Arbeitseinheit von der Bauherrschaft bei der Methode Littmann $\xi k \cdot l + \beta \frac{\Delta l}{l + \Delta l} a(l + \Delta l)$.

Das Verhältnis von Vergütung zu den reinen Selbstkosten oder der wirklich erzielte Zuschlagskoeffizient wird also

$$w = \frac{\xi k l + \beta (l + \Delta l) \cdot \frac{\Delta l}{l + \Delta l}}{a(l + \Delta l)} = \frac{\xi k l + \beta a \Delta l}{a(l + \Delta l)}$$

oder für $\frac{\Delta l}{l} = \eta$, $k = c$ und $a = 0,6c$:

$$w = \frac{\xi c + \beta \cdot \eta \cdot 0,6c}{0,6c(1 + \eta)} = \frac{\xi + 0,6\beta\eta}{0,6(1 + \eta)}$$

Bei gewöhnlicher Arbeit wird dieses Verhältnis

$$\psi = \frac{\xi c l + \beta c \Delta l}{c(l + \Delta l)} = \frac{\xi + \beta\eta}{1 + \eta}$$

Für sehr kleine Werte von η wird also $w > \psi$, d. h. der Unternehmer hat bei annähernd gleichbleibenden Löhnen einen größeren Verdienst, wenn er bei der Akkordarbeit mit einem Teil der kalkulierten Löhne auskommen kann. Für sehr große Werte von η wird $w = \psi$. Der prozentuale Verdienst des Unternehmers ist also bei der Akkordarbeit derselbe wie bei gewöhnlicher Arbeit.

Schwierigkeiten dürften bei diesem Verfahren dann auftreten, wenn nur ein Teil der beschäftigten Arbeiter in Akkord arbeitet. Es müßten dann nämlich diese in der Zeit, wo sie Akkordarbeiten ausführen, aus den Listen, die für die Erstattung der Lohnerhöhungen zugrunde gelegt werden, herausgelassen werden. Das dürfte aber schwer durchzuführen und noch viel schwerer zu kontrollieren sein. In diesem Falle empfiehlt sich ein anderes Ver-

fahren, das ebenfalls seit längerer Zeit erprobt ist: Der Bauherr zahlt die Lohnerhöhungen mit den Unkostenzuschlägen für alle Arbeiter, also auch für die in Akkord arbeitenden. Die letzteren erhalten für die Einheit der Arbeiten eine „Akkordzulage“ außer dem tariflichen Stundenlohn, die nach dem jeweiligen Tariflohn in Arbeitsstunden umgerechnet wird. Für diese Stunden werden die Lohnerhöhungen vom Bauherrn vergütet, und zwar mit einem Unkostenzuschlag β' . Es ergibt sich hiernach für die Unternehmer eine Bezahlung von

$\xi k l + \beta c' \Delta l + \beta (a - c') \Delta l$ und ein Zuschlagskoeffizient

$$\varphi = \frac{\xi k l + \beta c' \Delta l + \beta (a - c') \Delta l}{a(l + \Delta l)}$$

Für $\beta' = \beta$ wird $\varphi = \frac{\xi k l + \beta a \Delta l}{a(l + \Delta l)}$, mithin $\varphi = w$.

Es erscheint unbedingt gerechtfertigt, die Akkordzulagen mit demselben Zuschlag zurückzuzahlen wie die Lohnerhöhungen. Vielfach stellen sich jedoch die Bauherrschaften in Anbetracht der großen Ersparnisse, die der Unternehmer bei den Akkordsätzen gegenüber den ursprünglich kalkulierten Preisen machen kann, auf einen andern Standpunkt, indem sie, solange die Lohnerhöhungen nur einen geringen Prozentsatz der Ursprungslohne ausmachen, die Akkordzulagen überhaupt nicht zurück-erstat-ten.

Ob und wie weit der Unternehmer dann noch ein Interesse daran hat, Akkordarbeiten ausführen zu lassen, kann man sich leicht klar machen. Von einem mitteldeutschen großen Industrieunternehmen wurden z. B. dem Bauunternehmer die Lohnsteigerungen mit einem Zuschlag von 27,5 v. H. zurückgezahlt, während der in der Kalkulation gemachte Zuschlag 50 v. H. betrug. Den Arbeitern wurden in den Akkordsätzen 90 v. H. der kalkulierten Stunden bezahlt. Durch diese verhältnismäßig hohen Akkordpreise wurden Tagesleistungen erzielt, die z. T. größer waren, als die vor dem Kriege in 10 Stunden erreichten, wodurch der Bau naturgemäß außerordentlich beschleunigt wurde. Die Arbeiter brauchten bei Akkordarbeit im Durchschnitt die Hälfte der kalkulierten Stunden. Es war also mit den obigen Bezeichnungen

$$a = 0,9k, \text{ und } c' = 0,5k$$

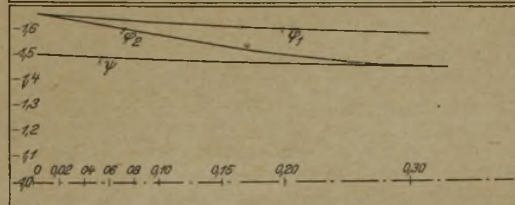
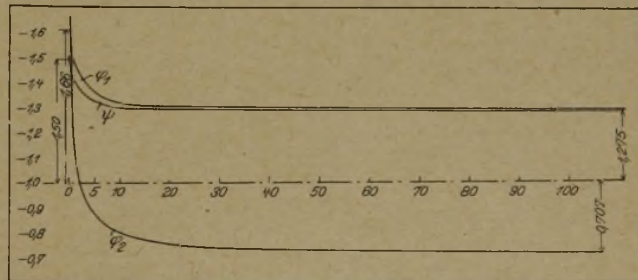
und demnach $\varphi = \frac{\xi + [0,5(\beta - \beta') + 0,9\beta']\eta}{0,9(1 + \eta)}$

Hieraus ergibt sich für $\beta' = \beta$

$$\varphi_1 = \frac{\xi + 0,9\beta\eta}{0,9(1 + \eta)} = \frac{1,11\xi + \beta\eta}{1 + \eta}$$

und für $\beta' = 0$

$$\varphi_2 = \frac{\xi + 0,5\beta\eta}{0,9(1 + \eta)} = \frac{1,11\xi + 0,55\beta\eta}{1 + \eta}$$



Angenommen ist:
 $\xi = 1,5$
 $\beta = 1,275$
Die Arbeiter leisten das Doppelte in einer Akkordstunde und erhalten 80 v. H. mehr als bei gewöhnlicher Arbeit.

Setzt man die Werte $\xi = 1,5$, und $\beta = 1,275$ ein und trägt für die verschiedenen Werte von η das zugehörige φ_1 bzw. φ_2 auf, so erhält man die in der vorstehenden Skizze dargestellten Kurven, deren Vergleich mit der Kurve $\psi = \frac{\xi + \beta\eta}{1 + \eta}$ ohne weiteres erkennen läßt,

Vermischtes.

Staatliche Förderung der Bautätigkeit in Österreich durch Steuerbegünstigungen für Wohn- und Geschäftshausbauten. Auch in Österreich ist der Mangel an Wohnräumen zu einer öffentlichen Plage geworden, unter der das ganze wirtschaftliche Leben leidet. Um diesem Mißstand zu begegnen, bereitet der Nationalrat ein Bundesgesetz über Steuerbegünstigung für Wohn- und Geschäftshausbauten in den Jahren 1924 und 1925 vor. Geschäftshausbauten sollen jedoch nur dann an der Steuerbegünstigung teilnehmen, wenn nachgewiesen wird, daß durch ihren Aufbau Räume, die für Wohnzwecke benutzt werden können, frei werden. Die Vergünstigung soll nur Bauten zuteil werden, die vom 9. Oktober 1923 bis Ende 1925 vollendet sein werden. Der Entwurf gewährt etwas schematisch Freiheit von der Einkommensteuer für 75 v. H. der Aufwendungen für ein Bauwerk, jedoch ohne Rücksicht darauf, ob sich Jemand eine Villa mit großem Aufwand oder nur ein kleinstes, bescheidenes Haus baut. Die Kürzungen sollen jedoch nur bis zum Jahr 1933 gewährt werden, weil im Verlauf von 10 Jahren die volle Tilgung des Bauaufwandes erreicht werden soll. Dem Entwurf, so sehr seine Tendenz an sich, die Bautätigkeit zu fördern, begrüßt wird, wird zum Vorwurf gemacht, daß er mit halben Mitteln und auf halbem Wege nur zu halber Tat schreite. Im Einzelnen wird bemängelt, daß der Erwerb der Baustelle in ihm nicht begünstigt werde. Dieser ist jetzt mit so viel Steuern und Abgaben belastet, daß Niemand eine Baustelle veräußert. Die Einkommensteuer zehrt den größten Teil des Kaufpreises als „Veräußerungsgewinn“ auf. Auch die Valutaentwicklung berücksichtigt der Entwurf nicht. Auch die Wertzuwachsabgabe wird als ein großes Hindernis betrachtet und es wird ihre Beseitigung für Baugrundstücke zur Förderung der Bautätigkeit gefordert. Häufig ist es ferner in der letzten Zeit vorgekommen, daß sich mehrere Personen zum Bau eines Hauses zu einer Aktiengesellschaft vereinigt haben. Hier ist es lediglich dem Ermessen des Finanzministers anheimgestellt, diesen Personen die 75 v. H. Steuerbefreiung für die für Bauzwecke gemachten Aufwendungen zuzugestehen. Als ein wesentlicher Mangel wird schließlich bezeichnet, daß der Entwurf die Befreiung von der Steuerpflicht für drei Viertel der dem Bau gewidmeten Kapitalien dem „Bauführer“, also nicht nur dem Eigentümer, sondern auch dem langjährigen Pächter gewährt, der einen Aufbau mit eigenen Mitteln vornimmt. Der gleiche Gedanke aber müsse dazu führen, auch dem, der den Baukredit gewährt, diese Erleichterung zu geben. Nicht darauf komme es an, wer baue, sondern wer in der Zeit der höchsten Not sein Vermögen dem Bauen widme. Die Befreiung des dem Aufbau gewidmeten Hypothekarkredites werde auch den jetzt sehr hohen Hypothekarkredit wesentlich verbilligen. Alles in Allem bedeutet der Entwurf also einen Anlauf zur Tat, entbehrt aber noch der vollen Kraft zur Auswirkung, weil er auf halbem Wege stehen bleibt und nicht alle wesentlichen Umstände beim Hausbau genügend berücksichtigt.

Ein ungarischer Gesetzentwurf über das Eigentum an Hausanteilen. In der Beilage zur „Neuen freien Presse“ in Wien über „Mitteleuropäische Wirtschaft“ Nr. 8 vom 22. Dezember 1923 berichtet Dr. Heinr. Schreiber über diese interessante Vorlage. Wir geben die Ausführungen hier wieder:

„Zur Förderung der Bautätigkeit hat die ungarische Regierung soeben einen Gesetzentwurf über den Gesellschaftshausbesitz eingebracht. Er bezweckt im Wesen eine solche Neuordnung, daß auch ein Besitzanteil an einem Hause als eigene Grundbucheinlage eingetragen werden kann, wodurch in Gegensatz zur bisherigen Regelung eine weitgehende Spaltung des Hausbesitzes in gesonderte selbständige Anteile, von denen jeder seine eigene grundbuchliche Existenz führt und getrennt veräußert und belastet werden kann, ermöglicht werden soll. Wie es beim Grundstücke eine Teilung in eigene Parzellen und Trennteile gibt, soll es fortab auch beim bebauten Areale, beim Hausbesitz, Trennteile der Höhe und der Breite nach geben, die eine weitgesteckte Gemeinschaft an einem Einzelobjekt bezwecken, Teile, die ungeachtet ihrer baulichen Zusammengehörigkeit verschiedenen Eigentümern anfallen. Auf diese Weise wird es beispielsweise wieder durchführbar sein, das Stockwerkseigentum, das auch nach unserem Rechtssystem nicht mehr zulässig ist, wieder her-

zustellen, ja selbst mehr, jeden topographisch abgrenzbaren Raum, eine Wohnung, ein Lokal, Boden und Keller usw., in Sonderbesitz zu unterteilen, derart, daß jeder Hausanteil ein besonderes und eintragungsfähiges Besitzrecht verkörpert. Der ausgesprochene Beweggrund dieser gesetzgeberischen Neuerung liegt darin, daß sie kleine Kapitalisten dazu bewegen wird, Hausanteile zu erwerben, beziehungsweise zu finanzieren und so zum Bau neuer Häuser beizutragen. Gemeinschafts- und Gesellschaftshäuser in Gestalt von Hausanteilen, die mehreren Eigentümern zugehören, gibt es natürlich auch jetzt genug, allein sie schließen sich notgedrungen zu einem Gemeinschaftsbesitz mit einer gemeinsamen Grundbucheinlage zusammen, und die Rechtsordnung steht auf dem Standpunkte (vergl. das österreich. Gesetz v. J. 1879), daß an Teilen eines Gebäudes wie an einzelnen Stockwerken oder Räumen ein selbständiges Eigentumsrecht nicht erworben werden kann. Auch bei uns bestehen Bestrebungen, mit dieser Beugung zu brechen und zu jenem Zustande zurückzukehren, der eine Stückelung des Hausbesitzes erleichtert, um dem Bauwesen hierdurch einen Antrieb zu geben. Da aber an einer Änderung der Rechtsgrundsätze nicht gedacht wurde oder besser, nicht gedacht werden konnte, weil sich die Überzeugung von der physischen oder eigentlich rechtlichen Untrennbarkeit des Hauseigentums zu fest eingewurzelt hat, so ist man auf den Ausweg verfallen, eine Aktion „Häuser auf Aktien“ einzuleiten, eine Idee, die, wie die Meldungen lauten, bei aller Schwierigkeit des Problems nicht unbedeutliche Fortschritte machen soll. Im Zusammenhange mit diesen Bestrebungen, die der Wohnungsnot steuern und dem Baugeschäfte und den Bauunternehmern frische Impulse zuführen sollen, ist es gewiß sehr beachtenswert, daß Ungarn die Lösung auf dem Wege verfolgt, mit einem Streiche den Knoten zu durchschlagen und dem Teilbesitze an Gebäuden die Blätter des Grundbuches stückweise zu öffnen.“

Über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im 1. und 2. Vierteljahr 1923 haben wir aus der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ herausgegeben vom Statistischen Reichsamte in Nr. 88/89 1923 in dem im Anzeigenteil aufgenommenen kleinen Mitteilungen der Schriftleitung bereits berichtet. Wir lassen nachstehend die Angaben über das 3. Vierteljahr folgen:

Der Reinzugang an Wohngebäuden betrug im 3. Vierteljahr 1923 in 41 berichtenden Großstädten¹⁾ 1630; das sind 1229 oder 43 v. H. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Vergleich zum 2. Vierteljahr 1923 war der Reinzugang ebenfalls um 455 (— 22 v. H.) geringer. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist mit 5961 gegen 7801 im 3. Vierteljahr 1922 um 24 v. H. zurückgegangen, auch gegenüber dem 2. Vierteljahr 1923 ist eine Abnahme um 892 Wohnungen oder 13 v. H. festzustellen. Der Rückgang ist demnach also nicht so stark wie bei den Wohngebäuden.

Die gemeinnützige Bautätigkeit war auch im Berichtsvierteljahr noch immer stark, wenn auch in geringerem Umfange, an der Erstellung aller Wohnhäuser beteiligt und zwar mit 57,2 v. H.; auch hier ist sowohl gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres (62,4), als auch gegenüber dem Vorvierteljahr (63,1) ein wesentlicher Rückgang erfolgt. Dasselbe gilt — wenn auch in etwas verändertem Maße — für den Rückgang der Wohnungen.

Anteil der gemeinnützigen an der gesamten Bautätigkeit.

Zeitraum	Gesamt-Bautätigkeit		Davon gemeinnützige Bautätigkeit			
	Häuser	Wohnungen	Zahl		v. H.	
			Häuser	Wohnungen	Häuser	Wohnungen
3. Vierteljahr 1923	1 630	5 961	933	3 288	57,2	55,2
2. „ 1923	2 085	6 853	1 315	3 923	63,1	57,2
3. „ 1922	2 859	7 801	1 783	4 037	62,4	51,7

Verhältnismäßig die größte Zahl von Wohnungen auf 100 000 der Bevölkerung hat Barmen mit 171 fertiggestellt; es folgen Karlsruhe mit 167, Bochum mit 161, Aachen mit 154. Für Berlin beträgt der Reinzugang an Wohngebäuden für Juli/September v. Js. 297 und an erstellten Wohnungen 719.

¹⁾ Aus Duisburg ging diesmal kein Bericht ein.

Reinzugang an Wohngebäuden und Wohnungen im 3. Vierteljahr 1923.

Städte	1923				1922		Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung*)	
	April/Juni		Juli/September		Juli/September		Juli/September	
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	1923	1922
Aachen	39	179	60	225	12	41	1,54	0,28
Altona	18	42	13	27	48	118	0,16	0,70
Augsburg . . .	40	69	41	191	69	269	1,24	1,74
Barmen	2	12	50	299	3	3	1,71	0,02
Berlin 1) . . .	2)376	2)811	2)297	2)719	452	801	2)0,19	0,21
Bochum	50	96	98	228	57	96	1,60	0,67
Braunschwg. .	7	30	—	1	23	56	0,01	0,40
Bremen	36	95	67	169	110	265	0,63	0,98
Breslau	16	145	53	277	49	280	0,52	0,53
Cassel	27	249	18	90	34	119	0,55	0,73
Chemnitz . . .	7	106	4	83	22	158	0,27	0,53
Crefeld	76	127	45	159	35	68	1,27	0,54
Dortmund . . .	71	360	34	123	73	101	0,42	0,34
Dresden	45	198	25	143	32	106	0,24	0,18
Düsseldorf . .	25	34	38	73	132	248	0,18	0,61
Elberfeld . . .	15	54	28	58	21	59	0,37	0,38
Erfurt	9	65	2	27	28	71	0,21	0,55
Essen	165	313	68	142	99	341	0,32	0,78
Frankf. a. M. .	17	179	69	303	109	169	0,70	0,39
Gelsenkirch. .	12	71	55	206	27	79	1,22	0,47
Halle a. S. . .	33	105	19	150	6	30	0,82	0,16
Hamborn a. Rh.	19	52	17	51	12	19	0,46	0,17
Hamburg	108	624	45	343	138	1297	0,35	1,32
Hannover . . .	1*	51	30	58	46	152	0,15	0,39
Karlsruhe . . .	147	176	5*	227	39	113	1,67	0,83
Kiel	16	48	2	29	20	34	0,14	0,16
Köln	113	429	24	62	189	398	0,10	0,62
Königsb. i. Pr.	36	99	30	155	92	162	0,59	0,62
Leipzig	51	286	40	219	124	472	0,36	0,78
Lübeck	75	204	4	24	63	118	0,21	1,04
Magdeburg . .	2) 8	2) 28	9	39	18	50	0,14	0,17
Mainz	10	156	7	92	11	38	0,85	0,35
Mannheim . . .	57	150	49	256	69	195	1,12	0,85
Mülheim (Ruhr)	35	89	74	85	114	155	0,66	1,21
München	59	210	77	277	95	369	0,44	0,59
M.-Gladbach .	4	7	6	15	33	103	0,14	0,96
Münster	52	86	19	26	107	115	0,26	1,14
Nürnberg . . .	58	294	19	102	82	205	0,29	0,58
Plauen	2	31	2	28	5	32	0,27	0,31
Stettin	11	241	4	79	2	46	0,34	0,20
Stuttgart . . .	110	252	30	101	159	250	0,31	0,77
zusammen 41 Städte*)	2085	6853	1630	5961	2859	7801	0,40	0,52

Statistische Angaben über Groß-Berlin, die im statistischen Amt der Stadtgemeinde Berlin zusammengestellt sind, veröffentlicht die „D. A. Z.“ in ihrer Nummer vom 30. Dezember 1923. Soweit sie für die bauliche Entwicklung dieser Riesengemeinde und für die Bedeutung ihrer technischen Betriebe und Verkehrsanlagen von Interesse sind, seien sie nachstehend wiedergegeben:

„Das heutige Berlin ist durch das Gesetz vom 27. April 1920 aus 8 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken gebildet und umfaßt gegenwärtig auf 880 qkm rund 4 Millionen Einwohner oder etwa 1/10 der Gesamtbevölkerung Preußens. Es zählt der Einwohnerzahl nach zu den größten Städten der Welt und ist in dieser Hinsicht in Europa nur mit London und Paris zu vergleichen.

Von dem Stadtgebiet sind 13,5 v. H. bebaut, 11,7 v. H. entfallen auf Wege und Eisenbahnen und 5,7 v. H. auf Gewässer, während der Rest von 69 v. H. unbebautes Gebiet ist und zum großen Teil noch land- und forstwirtschaftlich genutzt wird. Der städtische Grundbesitz, zu 50 v. H. außerhalb der Stadt gelegen, umfaßt 500 qkm, davon 100 qkm Dauerwald, 20 qkm bebautes und 380 qkm sonstiges unbebautes Gebiet. Der Gesamtumfang des städtischen Waldgebiets umfaßt 195 qkm, davon 125 qkm innerhalb der Weichbildgrenze. Die 45 städtischen Güter bedecken eine Fläche von 272 qkm, davon 113 qkm Rieselland.

Berlin zählt 83 000 behaute und 45 000 unbebaute Grundstücke. Die Zahl der Wohnungen betrug im Jahre 1918 1 151 177; 70 v. H. der Wohnungen weisen nicht mehr als 2 Wohnräume und Küche auf.

Die Gasversorgung Berlins erfolgt durch 4 Unternehmungen mit einer Gesamtgasabgabe von jährlich 580 Mill. cbm. Davon liefern die Städtischen Gaswerke 404 Mill. cbm, das sind 70 v. H. der Gesamtgasabgabe. Auch die Elektrizitätsversorgung Berlins, an der jetzt 4 Unternehmungen beteiligt sind, erfolgt zum überwiegenden Teil durch die Städtischen Elektrizitätswerke, die im Jahre 1922 213 Mill. kWst selbst erzeugen und außerdem noch 265 Mill. kWst Fernstrom bezogen. Die Städtischen Wasser-

werke versorgten 62 000 Grundstücke und förderten 1922 119 Mill. cbm Wasser, davon 110 aus dem Grundwasser. 25 000 Grundstücke sind außerdem an die Charlottenburger Wasserwerke Aktiengesellschaft angeschlossen. Der Wasserverbrauch beziffert sich auf durchschnittlich 107 l für den Kopf und Tag, ausschließlich des durch private Wasserversorgungsanlagen geförderten Wassers. An die öffentliche Stadtentwässerung sind 75 000 Grundstücke angeschlossen. Die durch die Pumpwerke nach den Rieselfeldern beförderte Abwassermenge beziffert sich auf 177,6 Mill. cbm oder auf 486 500 cbm für 1 Tag. Die Gesamtlänge der Entwässerungsleitungen beträgt 3500 km, außer 770 km Druckrohrleitungen.

Dem Verkehr dienen im Stadtgebiet 113 Reichsbahnhöfe für den Personenverkehr und 56 Güterbahnhöfe. Die Länge der Eisenbahnbetriebsgleise ohne Güterabstellgleise beträgt 2500 km. Die Gesamtzahl der im Jahre 1922 im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr beförderten Personen beziffert sich auf über 700 Mill. Personen; im Fernverkehr wurden 1921 insgesamt über 12 Mill. Fahrkarten verkauft. Im Eisenbahngüterverkehr betrug 1922 der Empfang 15 Mill. t und 2 Mill. Tiere, und der Versand 4,6 Mill. t und 395 000 Tiere. Die Straßenbahnen leisteten im Jahre 1922 116 Mill. Wagenkilometer und beförderten insgesamt über 524 Mill. Personen oder durchschnittlich im Tag 1,4 Mill. Personen. Die Hoch- und Untergrundbahn einschließlich der Nordsüdbahn verfügt über 58 Bahnhöfe. Die Gesamtpersonenbeförderung der Hoch- und Untergrundbahn überschritt 1922 121 Mill. Im Omnibusverkehr wurden im gleichen Jahr 33 Mill. Personen befördert.

Berlin gehört heute nach Vollendung seiner großen Hafenanlage zu den größten Binnenhäfen Europas. Innerhalb des Stadtgebietes sind 173 km schiffbare Wasserstraßen mit 123 ha Hafensfläche und 15 640 m Kailänge vorhanden. Die Gesamtlänge der befestigten und beleuchteten Straßen mißt 2500 km mit einer befestigten Fläche von 21,7 Mill. qm. Die Zahl der Straßen beträgt 6600.

In den städtischen und anderen Kranken- und Heilanstalten Berlins standen Ende 1922 insgesamt rund 40 300 Betten zur Verfügung.

Der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes. Nach der neuen, vom Reichsfinanzministerium als üblicher Preis anerkannten Gebührenordnung der Architekten und der Ingenieure von 1. Juni 1923*) sollen die Gebühren in Vohmhundertätzen der Friedens- (Gold-) Bausumme ermittelt werden. Wo die Verhältnisse so liegen, daß das auf Grund besonderer Einheitspreise nicht mit Sicherheit erfolgen kann, soll eine angenäherte Friedensbausumme in der Weise ermittelt werden, daß die vom Architekten bzw. Ingenieur angewiesenen Einzelzahlungen an die Unternehmer durch den am Tage der Anweisung gültigen Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes dividiert werden. Die Summe der so reduzierten Einzelbeträge ergibt die angenäherte Friedensbausumme. Die Kenntnis des Großhandelsindex ist daher für den Architekten bzw. Ingenieur erforderlich. Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung des Index für das Jahr 1923 in v. H. des Friedensstandes:

23. Dezember 1922	143 900
(Durchschnitt Dezember 147 500)	
15. Januar 1923	213 100
25. "	328 600
(Durchschnitt Januar 278 500)	
5. Februar 1923	596 700
15. "	538 800
24. "	525 700
(Durchschnitt Februar 558 500)	
15. März 1923	475 600
24. "	482 717
(Durchschnitt März 488 500)	
5. April 1923	484 400
14. "	492 300
(Durchschnitt April 521 200)	
5. Mai 1923	618 000
15. "	704 900
25. "	903 400
(Durchschnitt Mai 817 000)	
5. Juni 1923	1 239 300
15. "	1 749 600
25. "	2 461 800
(Durchschnitt Juni 1 938 500)	
3. Juli 1923	3 382 800
10. "	4 864 600
17. "	5 747 800
24. "	7 946 200
(Durchschnitt Juli 7 478 700)	
7. August 1923	48 346 100
14. "	66 380 000
28. "	169 510 900
(Durchschnitt August 94 404 100)	

*) am 8. 10. 1919. — 1) Verwaltungsbezirke I—XX. — 2) Berichtigte Zahlen. — 3) Vorläufige Zahlen. — 4) Duisburg hat der Separatistenbewegung wegen nicht berichtet.

*) Vgl. die Ausführungen in No. 1/2, S. 7 u. 8.

4. September 1923	298 153 200
11. " "	1 151 323 100
18. " "	3 600 000 000
25. " "	3 620 000 000
(Durchschnitt September 2 390 000 000)	
2. Oktober 1923	8 450 000 000
9. " "	30 740 000 000
16. " "	109 500 000 000
23. " "	1 460 000 000 000
30. " "	1 870 000 000 000
(Durchschnitt Oktober 710 Milliarden)	
6. November 1923	12 900 Milliarden
13. " "	26 560 "
20. " "	141 300 "
27. " "	142 290 "
(Durchschnitt November 72 570 Milliarden)	
4. Dezember 1923	133 740 Milliarden
11. " "	127 450 "
18. " "	124 500 "
27. " "	120 000 "
(Durchschnitt Dezember 126 200 Milliarden)	
2. Januar 1924	122 400 Milliarden

Technische und Baumessen des Jahres 1924. Die mit technischen und Baumessen verbundenen 4 Mustermessen sind in diesem Jahre wie folgt festgelegt:

1. Leipzig. Frühjahrsmesse 2.—8. März, Herbstmesse 31. August bis 6. September.
2. Frankfurt a. M. Frühjahrsmesse 6.—12. April, Herbstmesse 21.—27. September.
3. Königsberg i. Pr. 8. deutsche Ostmesse vom 17.—20. Februar, 9. deutsche Ostmesse vom 10.—13. August.
4. Breslau. Anfang Mai d. J. Diese letztere Messe dürfte für Bauzwecke weniger in Betracht kommen. Ihr Schwergewicht liegt auf dem landwirtschaftlichen und Maschinenmarkt. Die Geschäftsführung hat die Breslauer Messe - A.-G.

Die Königsberger Messe kommt namentlich als nach Osteuropa gerichtete Verkaufs- und Werbezentrale in Betracht. Außerdem ist in Königsberg für den Spätsommer eine große landwirtschaftliche Ausstellung in Aussicht genommen. Gegen Ende März und voraussichtlich gegen Ende Oktober sind dort außerdem die 2. und 3. internationale Hauptmesse vorgesehen. Zur Frühjahrsmesse liegen nach Angabe des Messeamtes in Königsberg bereits so viele Voranmeldungen vor, wie bisher noch in keinem anderen Jahre.

Von der Leipziger Messe erfahren wir, daß wieder umfangreiche Erweiterungsbauten nötig geworden sind; so ist eine Riesenhalle auf dem Gelände der technischen Messe zur Zeit im Bau. Diese Erweiterungsbauten werden nach Gründung der „Leipziger Messe- und Ausstellungs-A.-G.“ in Verbindung mit einem Bankkonsortium ohne Beanspruchung der Aussteller selbst finanziert.

Wir wären unseren Mitarbeitern, Lesern und in der „Deutschen Bauzeitung“ inserierenden Firmen dankbar, wenn sie uns rechtzeitig über die beabsichtigte Ausstellung von technischen Neuerungen aufmerksam machen wollten. —

Über Buchenholz zu Eisenbahnschwellen verbreitet sich ein ausführlicher Bericht in der Beilage „Weltverkehr“ der „D. A. Z.“ vom 11. November 1923. Wir entnehmen den Ausführungen, daß nach früheren Feststellungen der preußischen Forstverwaltung sich aus den Buchenwäldungen in Preußen und Hessen alljährlich 1½ Millionen Stück Eisenbahnschwellen gewinnen ließen, und daß im Jahre 1914 fast diese ganze Menge, d. h. 1¼ Millionen Stück, von der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft aus den deutschen Forsten bezogen worden sind. Während im Jahrzehnt 1896—1905 von dem Gesamtbedarf an Eisenbahnschwellen nur etwa 35 v. H. aus dem Inland bezogen werden konnten, stieg dieser Satz im Jahrzehnt 1906—1914 infolge stärkerer Berücksichtigung bereits auf 45,3 v. H. Der Krieg hat diese Entwicklung unterbrochen, da es an den Teerölen fehlte, die zur Tränkung der Schwellen und damit Verleihung einer entsprechenden Lebensfähigkeit unbedingt erforderlich sind. Im volkswirtschaftlichen Interesse und auch zur Erhaltung unserer Kiefernbestände zu der wertvolleren Verwendung als Bauholz ist also die stärkere Ausnutzung der deutschen Rotbuche dringend erwünscht. —

Deutsch-russisches Export-Handbuch. Ostverlag G. m. b. H. Berlin. Ein wichtiger Wegweiser für alle Kreise der deutschen Industrie und des Handels, die die geschäftliche Anknüpfung mit der wiedererwachenden russischen Wirtschaft suchen, ist soeben im Ostverlag G. m. b. H. Berlin erschienen, das „Deutsch-Russische Export-Handbuch“. Der stattliche Band, dessen wissenschaftliche Leitung den soeben zum Präsidenten des Statist. Reichsamts ernannten Geh.-R. Prof. Dr. R. Wagemann anvertraut ist, gibt auf 500 Seiten einen instruktiven literarischen Teil in russischer und deutscher Sprache, der die ausschlaggebenden Fragen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und

insbesondere die Exportmöglichkeiten Deutschlands behandelt.

Außer dem Herausgeber, der über die Produktivkräfte Deutschlands schreibt, enthält der 1. Teil des Werkes u. a. Beiträge von Dr. Otto Hugo, Mitgl. des Reichstages; Prof. Dr. H. Warmbold, Staatsmin. a. D.; Girt. Stimming, Generaldir. des Norddeutschen Lloyd; Ministerialdir. Dr. von Schoenebeck; Geh. Ob.-Reg.-Rat Flach; Dr. Dalberg, Dir. im Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligungen; Minist.-Rat Dr. Sjöberg; Geh. Reg.-Rat Dr. Schwarzkopf; Privatdoz. Dr. H. Goldschmidt; Minist.-Rat Dr. Wienecke; Minist.-Rat H. Herzog; Minist.-Rat Dr. Matthias; Syndikus M. Busemann.

Was dem Werk eine besondere Bedeutung verleiht, ist die enge Fühlungnahme mit den führenden Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft; es ist in Verbindung mit den maßgebenden deutsch-russischen Wirtschaftsorganisationen erschienen. Das Werk gibt in einer zweiten Abteilung eine sehr sorgfältig ausgearbeitete Übersicht über die deutschen Wirtschaftsverbände, sowie ein alphabetisches Verzeichnis der deutschen Exportwaren. Diese unmittelbare Arbeit für die Praxis wird durch eine Reihe von Anzeigen deutscher Firmen ergänzt, die wie eine eindrucksvolle Heerschau der deutschen Industrie und ihrer Exportwaren erscheinen.

Da die erstrebte Wirkung nur erzielt werden kann, wenn ein solches Standardwerk die stets im Fluß befindlichen Erscheinungen des deutschen Wirtschaftslebens immer wieder zusammenfassend behandelt, hat sich der Verlag, ihm geäußerten Wünschen besonders aus russischen Wirtschaftskreisen folgend, entschlossen, es jährlich in neuer Ausgabe erscheinen zu lassen. Die zweite Ausgabe (1924) soll in umfassender und systematischer Übersicht alles wesentlich Neue behandeln und so vor allem den Bedürfnissen dienen, die sich aus der Praxis ergeben. Das Handbuch soll ein notwendiges Nachschlagewerk für alle Importeure und Institutionen in Rußland und den östlichen Staaten werden, die sich mit der Einfuhr aus Deutschland befassen.

Dem deutschen Exporteur wird sich hier eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten, mit dem russischen Markt in Verbindung zu kommen und sich fortlaufend über dessen wechselnden Bedarf zu unterrichten. Alles Nähere über die erste Ausgabe sowie über den Plan der zweiten ist durch den Verlag zu erfahren. —

25jähriges Geschäftsjubiläum des Rüdersdorfer Portland-Zementwerkes C. O. Wegener G. m. b. H. Am 12. Januar 1899 wurde durch den inzwischen verstorbenen Seniorchef Carl Otto Wegener der Grundstein für die Fabrik gelegt, die im folgenden Jahr ihren Betrieb zunächst mit einer Dampfmaschine von 600 PS und 3 Doppelöfen, Dietz'sche Etagenöfen, aufnahm. Die Anfangsleistung der Fabrik war nach Angabe der Firma 300—350 Faß täglich. Im Jahre 1905 wurde die Anlage durch Einbau einer zweiten Dampfmaschine von 1000 PS und einiger Mahlgruppen vergrößert, dann durch einen zweite Rohmaterial-Trocknerei und 2 Drehöfen erweitert, die nach dem Trockensystem arbeiten. Die Leistung stieg auf 700 Faß täglich, oder 350 000 Faß im Jahr. 1910 wurden die Dietz'schen Öfen in Schneider-Öfen umgebaut und 2 umfangreiche Ofenanlagen mit 23 Öfen desselben Systems hinzugefügt. Die Aufstellung einer dritten Dampfmaschine von 1000 PS, hauptsächlich zur Erzeugung elektrischen Stromes zur Speisung der Elektromotoren der Aufbereitungsmaschinen, erfolgte im gleichen Jahr. Durch weitere Umbauten i. J. 1912-13 wurde die Leistung des Werkes auf 1,5 Mill. Faß im Jahr gesteigert. Es wurde ein neues nach dem Naßverfahren arbeitendes Werk mit einem 60 m langen Drehofen und allen Nebenanlagen hinzugefügt und altes und neues Werk durch eine Elektrohangbahn verbunden. Nach dem 1921 erfolgten Tode des Inhabers folgte ihm sein Sohn Otto Wegener in der Leitung und war in gleicher Weise bemüht, das Werk den fortschreitenden Anforderungen der Zementtechnik und Wirtschaftlichkeit entsprechend auszubauen. Namentlich wurden Pressen, Trockenanlagen und vor allem die Transporteinrichtungen in neuzeitlichem Sinne umgebaut. —

Inhalt: Städtebanliches aus dem alten Köln. (Fortsetzung) — Vom neuen Altersheim in Nürnberg. — Vermischtes. — Personal-Nachrichten. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Bauwirtschafts- und Baurechtsfragen: Ver ü tung und Wirtschaftlichkeit der Akkordarbeiten bei Bauverträgen mit Lohnklausel. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. W. Büxenstein, Berlin SW. 48.